

# Amer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Angelagerter: Die Lebensversicherungsgesellschaft für das Erzgebirge, am 26. September 1924, 19. Jahrgang

Bestellungen nehmen die Anzeiger und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich, fernsprech. Anruf Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1008

Nr. 225

Freitag, den 26. September 1924

19. Jahrgang

### Das Echo des Kabinettsbeschlusses.

Charakteristisch für die Beurteilung des Kabinettsbeschlusses über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sind die Ausführungen des „Berliner Lokal-Anzeigers“, der die amtliche Mitteilung darüber als ein diplomatisches Meisterstück bezeichnet, an dem Freund und Feind wenig auszusetzen finden würden. Das Blatt des Herrn Eugenberg, das den realpolitisch denkenden linken Flügel der Deutschnationalen vertritt, lobt die amtliche Erklärung weil sie so „angenehm vieldeutig“ sei, daß es ungefähr nichts gibt, was man nicht heraus- oder in sie hineinlesen könnte. Das Blatt bezeugt sich in dieser Beurteilung mit dem sozialdemokratischen „Vorwärts“, der das Urteil über den Beschluß von dem Vertrauen abhängig macht, das man zu dem Willen und der Fähigkeit der Reichsregierung hat, das Bekenntnis zum Völkerbundsgebunden in die Praxis umzusetzen. Der „Vorwärts“ bezweifelt zum mindesten die Fähigkeit der gegenwärtigen Kabinetts, angesichts seiner schwachen Grundlage und des Strebens einzelner seiner Mitglieder nach dem Bürgerhaß mit den Deutschnationalen eine wirksame aufrichtige Völkerbundsarbeit zu betreiben. Die Befürchtungen des „Vorwärts“ werden auch mit den Aussagen des „Völkischen Anzeigers“ und anderer deutschnationaler Blätter, die ihre Befürchtung darüber zum Ausdruck bringen, daß durch den Kabinettsbeschlusses die Umbildung der Reichsregierung zu einer Bürgerbündlerregierung nicht unmöglich gemacht wird. Der „Völkische Anzeiger“ spricht zwar nicht ausdrücklich, aber doch deutlich nach dem Ziel ein lesbar den Wunsch aus, daß die Reichsregierung nunmehr die Frage des Eintritts in den Völkerbund bilaterisch behandeln, d. h. sie auf die lange Bank schieben werde und mahnt die Reichsregierung für die Unterfütterung dieser Politik die Leute herbeizuholen, die nach ihrer ganzen Einstellung zu diesen Fragen die gegebenen Bundes- und Kampfbündnisse seien. Die eigentliche deutschnationale Parteipresse spricht allerdings nicht einen so feinen Schaden wie das sozialdemokratische Organ, das ja seit Monaten kein anderes Ziel kennt, als die Deutschnationalen auf geradem oder krummen Wege wieder zur Macht zu bringen. Die „Kreuzzeitung“ spricht sich zwar nicht unbedingt gegen einen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund aus, meint aber recht unvorsichtig, das Klügste wäre es jetzt die Ästen über den Völkerbund für geraume Zeit in den Schrank zu legen.

Zweifellos wäre es auch das Endergebnis dieser Aktion, daß die Völkerbundsangelegenheit in den Ämtern des Auswärtigen Amtes ein Begräbnis erster Klasse erhalte, wenn es den Deutschnationalen gelänge die Reichsregierung unter ihren Einfluß zu bringen. Denn es wäre wohl kein großes Kunststück, bei den bevorstehenden Verhandlungen mit den zehn im Völkerbundsrat vertretenen Regierungen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund von so vielen und so weitgehenden Forderungen abhängig zu machen, daß eine ablehnende Antwort mit Sicherheit zu erwarten wäre. Dazu bedürfte es nicht einmal eines besonders bösen Willens, sondern nur des Uebermaßes der Geheimnisse, die gegenwärtig damit beschäftigt sind ein Memorandum über die wichtigsten Fragen aufzustellen, die für das Verhältnis Deutschlands zum Völkerbunde von Wichtigkeit sind.

Die Stimmungsmache, die dem deutschen Kabinettsbeschlusses in gewissen Kreisen vorausgegangen ist hat selber bereits bewirkt, daß der Entschluß der Regierung im Ausland teilweise nicht das Echo gefunden hat, das im deutschen Interesse erwünscht wäre. Selbst in England klagen die Stimmen, wenigstens aus der Presse der bürgerlichen Parteien heraus, nicht so günstig wie bisher. Die „Times“ beispielsweise nähert sich dem französischen Standpunkt doch stark, indem sie erklärt, daß weder Deutschland noch sonst jemand in einem Klub aufgenommen werden könnte, wenn nicht der Kandidat ehrlich versucht, die Klubregeln zu erfüllen. Recht lehrreich ist die Haltung der französischen Nationalisten, die mit erregten Protesten gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund Stellung nimmt. Das „Echo de Paris“ beklagt sich, daß Deutschland seit um eine Wunde nachzufuchen jetzt so tut, als ob es eine Gefälligkeit erweisen wolle, um die es feilschen könne. Das sei die Folge der Politik Herriots, die die Gewalt als Grundlage der Verträge durch freie Zugeständnisse zu ersetzen suche. In so ähnlicher Weise ist wohl noch nirgends auf der Seite der Sieger anerkannt worden, daß der Versailler Vertrag lediglich auf der Gewalt beruht. Für diese Demaskierung dürfen wir den französischen Nationalisten herzlich dankbar sein. Aufgabe der Reichsregierung wird es sein, die Hoffnungen der französischen Nationalisten auf eine Verbündung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund zu enttäuschen ohne dabei lebenswichtige deutsche Interessen zu opfern.

### Heute Deutschlandfahrt des J. R. III

#### Die Amerikafahrt voraussichtlich in vierzehn Tagen.

Friedrichshafen, 24. Sept. Trotdem das Wetter sich im Laufe des heutigen Tages weiter verschlechtert hat, ein starker Nebel über dem Bodensee liegt und der Regen den ganzen Tag über gefallen ist, hat sich die Leitung des Luftschiffes entschlossen, morgen früh 7 Uhr die große Deutschlandfahrt anzutreten. Die Route wird die bereits von uns angegebene sein. Doch ist es möglich, daß auf Grund der Witterung kleinere Änderungen vorgenommen werden. Auf alle Fälle soll aber das Ziel Hamburg und Berlin eingehalten werden. Der Entschluß ist wohl auch darauf zurückzuführen, daß von den großen internationalen Wetterstationen für morgen eine günstigere Wetterprognose gestellt ist. Die große Transozeanfahrt soll, wenn die Deutschlandfahrt günstig verläuft, etwa 10 bis 14 Tage nach dieser Probefahrt stattfinden.

Die schweren Stürme, die in den letzten Tagen über der Ostsee und der Nordsee wüteten, haben sich, nach den vorliegenden Meldungen, wieder gelegt. Allerdings bleibt noch in vielen Teilen Deutschlands die Bitterung zweifelhaft. Daß die Erbauer und Führer des Zeppelins sich entschlossen haben, trotz mancher Bedenken, die Fahrt anzutreten, beweist das Vertrauen, das sie auf das gewaltige Luftschiff setzen. Ganz Deutschland hofft mit

ihnen, daß dieses Vertrauen sich als begründet erweisen wird — jetzt bei der großen Probefahrt und dann bei der Ueberfahrt über den Ozean.

#### J. R. 3 auf der Fahrt.

Friedrichshafen, 25. September. J. R. 3 ist kurz nach 9 Uhr vormittags zu seiner großen Deutschlandfahrt aufgestiegen. Bei der Abfahrt war eine große Menschenmenge zugegen. Das Luftschiff kreuzte zunächst einige Zeit über dem Bodensee und passierte 10,30 Egmaringen, 10,55 Tübingen, 11,20 Forstheim und 11,32 Bruchsal in sehr schneller Fahrt. Ob diese bis Hamburg und Bremen ausgedehnt wird, hängt von den Windverhältnissen ab.

#### J. R. 3 Freitag mittag über Zwickau.

Nach den Meldungen aus Friedrichshafen ist anzunehmen, daß das Luftschiff J. R. 3 auf seiner Rückfahrt von Norddeutschland nach Friedrichshafen seinen Weg über Zwickau nehmen und im Laufe des Freitags über der Stadt erscheinen wird. Da nach den letzten Nachrichten der große Zeppelin-Kreuzer am Freitag vormittags zwischen 9 und 10 Uhr in Berlin erwartet und von dort kurz nach Süden nehmen wird, um wieder an den Bodensee zu gelangen, so ist es sehr wahrscheinlich, daß das Luftschiff u. U. in den Mittagsstunden des Freitags das sächsische Gebiet überfliegt.

Chemnitz, 24. Sept. über Chemnitz? Der hiesige Stadtrat hatte vor einigen Tagen an die Zeppelinwerke telegraphisch die Bitte gerichtet, es möchte der neue Zeppelin bei seiner großen Probefahrt durch Deutschland auch die bedeutendste sächsische Industriestadt Chemnitz überfliegen. Daraufhin ging dem Räte jetzt folgendes Antworttelegramm zu: „Ueberfliegen nicht ausgeschlossen, aber bestimmte Auflage unmöglich. Luftschiffbau.“

### Ein deutsches Memorandum an den Völkerbundsrat.

Berlin, 24. Sept. In der Meldung der „Times“ daß die Reichsregierung eine Note an die Völkerbundsämter zu richten beabsichtige, wird dem „B. Z.“ von maßgebender Seite erklärt, daß das Auswärtige Amt sich gegenwärtig mit der Ausarbeitung eines Memorandums befaßt, das den zehn im Völkerbundsrat vertretenen Staaten überreicht werden soll. Dieses Memorandum hat den Zweck, die Fragen, deren Lösung Deutschland den Eintritt in den Völkerbund ermöglicht zu klären. In diesen Fragen gehört auch die Garantie, daß Deutschland als gleichberechtigte Hauptmacht im Völkerbundsrat vertreten sein wird. Desgleichen muß Sicherheit dafür gegeben werden, daß Deutschland nicht noch einmal zur Anerkennung des Friedensvertrages gezwungen wird. Die Stellung der maßgeblichen Staaten zu allen diesen Fragen muß völlig klar sein, da zur Aufnahme in den Völkerbundsrat Einstimmigkeit erforderlich ist.

Sobald die Ästen über dieses Memorandum abgeschlossen sind, wird der Entwurf einem Kabinettsrat vorgelegt werden. Nachdem der Kabinettsrat sich über das Memorandum schlüssig geworden ist, wird es den fremden Staaten überreicht werden.

Sobald die Antworten auf das Memorandum eingelaufen sind, ist eine Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder vorgesehen. Wenn nach Abschluß aller notwendigen Beratungen die Annahme mit allen Kautelen gesichert ist, wird Deutschland den Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund stellen.

Davon, daß ein zweiter Kabinettsrat über die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund vorgesehen sei, in dem eine Ausdrucksache über die Instruktionen an die Vertreter des Reiches im Ausland stattfinden soll, ist in unterrichteten Kreisen nicht bekannt. Ein zweiter Kabinettsrat in dieser Angelegenheit wird vermutlich erst dann stattfinden wenn das Ergebnis der Anfrage der deutschen diplomatischen Vertreter im Ausland vorliegt.

#### Vernichtung der Militärstammrollen.

Berlin, 24. Sept. Auf Grund des Artikels 178 des Vertrages von Versailles hat die interalliierte Militärkommission die Vernichtung aller bei den Militärbehörden vorhandenen Urkunden, Listen, Stammrollen usw. verlangt, die gegebenenfalls die Rekrutierung und überhaupt die Mobilisationsmaßnahmen erleichtern könnten.

#### Keine allgemeine Aufwertung.

Der Unterausschuß des Aufwertungsausschusses des Reichstages ist an diesem Mittwoch nach längerer Pause wieder zusammengetreten, um seine Beratungen wieder aufzunehmen. Dankenswert ist es, daß schon jetzt als einmütige Ansicht aller im Ausschuss vertretenen Parteien bekanntgegeben wird, daß für eine eventuelle Aufwertung lediglich der nachweisbar „alte Besitz“ in Frage kommen würde. Diese Veröffentlichung wird hoffentlich dazu dienen, die Spekulation in Aufwertungsdepotieren, die in der letzten Zeit ganz gewaltige Dimensionen angenommen hat, wirksam einzudämmen. Sehr erforderlich aber scheint uns zu sein den Begriff „alter Besitz“ nunmehr genau zu formulieren. Sollen nur diejenigen von der Aufwertung Vorteil haben die ihre alten Wertpapiere durchzuhalten vermochten? Und sollen diejenigen leer ausgehen, die durch die Not der Zeit gezwungen waren, ihre Papiere zu verkaufen? Jedenfalls sollte man in der Aufwertungsfrage so liberal verfahren, wie nur irgend die Rücksicht auf den Schuldner zuläßt.

#### Die Anleihe erst im Dezember?

40 Millionen in Deutschland untergebracht.

Die in den letzten Tagen stattgefundenen Besprechungen der Berliner Großbanken über die deutsche Anleihe haben, wie wir zuverlässig erfahren, die dringende Genetlichkeit ergeben, einen kleinen Teil der Anleihe (genannt werden 40 Millionen Mark) in Deutschland aufzulegen.

Die Berliner Großbanken hält die internationalen Ausichten für die Anleihe unüberändert günstig sie erlaubt aber nicht an eine endgültige Begebung vor November bzw. Dezember dieses Jahres.

#### Die amerikanischen Bankiers gegen eine Verzögerung der deutschen Anleihe.

Newyork, 24. Sept. Die Banken, die sich für die deutsche Anleihe interessieren, sind über die drohende Verzögerung ziemlich enttäuscht und weisen darauf hin, daß eine spätere Auflegung vielleicht eine weniger günstige Marktlage findet. Daher sei ein früheres Termin erwünscht. Die Verzögerung hängt annehmend und hauptsächlich mit den technischen Schwierigkeiten bei den internationalen Verhandlungen zwischen den Pariser Londoner und Newyorker Bankiers zusammen. Niemand befürchtet natürlich eine Gefährdung der Anleihe an sich.

#### Die Industrie für die Agrarzölle.

Berlin, 24. Sept. Der Deutsche Industrie- und Handelsrat beschloß zur Frage der Agrarzölle folgende Resolution: Der Deutsche Industrie- und Handelsrat hält die Wiederherstellung eines Schutzzölles für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse nach wie vor für geboten und erklärt die Wiederherstellung des vorkriegs-